

Smart City: Wie sieht die Stadt von morgen aus? – Podiumsdiskussion am 18. Mai

geschrieben von Andreas | 18. Mai 2017

Terminhinweis

München, 11. Mai 2017

Im Rahmen der Reihe „Münchner Mobilitätskultur“ laden die Umweltorganisation Green City e.V., das Münchner Forum e.V., das Netzwerk Klimaherbst e.V. und das Verkehrszentrum des Deutschen Museums am Donnerstag, den 18. Mai, zu einer Podiumsdiskussion ein. Experten aus Wirtschaft und Verwaltung diskutieren Fragen wie „Wie werden wir morgen leben?“ unter dem Thema „Smart City – der Schlüssel für die Stadt von morgen?“

Bevölkerungswachstum, Ressourcenknappheit und Umweltverschmutzung sind aktueller denn je. Viele hoffen auf das Konzept „Smart City“, das auf die Gestaltung einer effizienteren, grüneren und sozialeren Stadt abzielt. Als eine von drei Leuchtturm-Städten in Sachen „Smart City“ sucht München nach neuen Möglichkeiten für das Stadterneuerungsgebiet Neuaubing-Westkreuz und das Neubaugebiet Freiham. Das EU-Projekt „Smarter Together“ bildet den Rahmen dafür, zukunftsorientierte Lösungen zu erproben und, in einem zweiten Schritt, auch in anderen Städten anzuwenden. Im Fokus der Podiumsdiskussion „Smart City – der Schlüssel für die Stadt von morgen?“ stehen die Fragen: Welche Chancen und Risiken birgt das neue Konzept? Welche Auswirkungen hat es auf die Mobilität? Und vor allem: Was bedeutet eine „Smart City“ für Bürger?

Auf dem Podium diskutieren Christoph Laimer (Chefredakteur der Zeitschrift für Stadtforschung *dérive*, Wien), Uwe Montag

(Strategisches IT-Management, Landeshauptstadt München), Dr. Andreas Mehlhorn (Leitung IT Solutions und Mobility Consulting, Siemens München), Bernhard Klassen (Leitung "Smarter Together", Landeshauptstadt München), Dr. Carl Friedrich Eckhardt (Leiter Kompetenzzentrum Urbane Mobilität, BMW AG).

Termin: Donnerstag, 18. Mai 2017, 18:00 bis 20:00 Uhr

Veranstalter: Green City e.V., Netzwerk Klimaherbst e.V., Verkehrszentrum des Deutschen Museums, Münchner Forum e.V.

Ort: Deutsches Museum Verkehrszentrum, Am Bavariapark 5, 80339 München

Unkostenbeitrag: 3 Euro (Eintrittspreis für das Verkehrszentrum, die vorherige Besichtigung des gesamten Museums ist inklusive), für Mitglieder von Green City und des Münchner Forums kostenlos

Kontakt:

Franziska Bär
(089) 890 668-321
presse@greencity.de

**LE(D) - UV-Druck aus
ökologischer Sicht – Eine
bemerkenswerte InaP-
Podiumsdiskussion im DBM**

Druckhaus Berlin-Mitte

geschrieben von Andreas | 18. Mai 2017

Pressemitteilung

Berlin, März – Mai 2017. Der recht neue LE(D)-UV-Druck wird häufig als umweltfreundliches Druckverfahren beworben, weil die neuen UV-Trockner weniger Energie verbrauchen als die bisher eingesetzten. Der Energieverbrauch ist aber nur ein Aspekt. Die Verhinderung der Deinkbarkeit von LE(D)-UV-Printobjekten, einem Schlüsselprozess beim Papierrecycling, wirft ein ganz anderes Licht auf den UV-Druck.

Am 28. März 2017 wurde auf einer InaP-Veranstaltung im DBM Druckhaus Berlin-Mitte (DBM) über die Umweltverträglichkeit des neuen UV-Drucks informiert und diskutiert. Referenten waren Roland Schröder, Produktmanager UV-Farben beim Farbhersteller hubergroup Deutschland, und Dr. Frank Wenig, Leiter Technologie des Recyclingpapier-Herstellers Steinbeis Papier. Das Publikum, das sich rege an der durchaus kontroversen Diskussion beteiligte, bestand aus Vertretern von Druckmaschinenherstellern, Verlagen, Kunden und Projektpartnern. Moderiert wurde die Veranstaltung von Christin Lieke, Umweltbeauftragte des DBM.

Große Unsicherheit hinsichtlich der Umweltverträglichkeit beim LE-UV-Druck

Martin Lind, Geschäftsführer des DBM Druckhaus Berlin-Mitte, wies bei der Begrüßung von Publikum und Referenten auf eine große Unsicherheit beim LE(D)-UV-Druck hin, die durch widersprüchliche Aussagen zur Umweltverträglichkeit dieser Drucktechnik entstanden sei. Dazu zitierte er u.a. die INGEDE (Internationale Forschungsgemeinschaft Deinking-Technik), der auch Steinbeis Papier angehört, die bereits mehrfach auf die nicht mögliche Deinkbarkeit von UV-Printobjekten hingewiesen hatte. Auf der anderen Seite würden Druckereien die LE(D)-UV-

Technik als umweltfreundlich bewerben. Dabei verwiesen sie v.a. auf den niedrigen Energiebedarf der LED-Strahler gegenüber herkömmlichen UV-Lampen. Lind erinnerte an eine Aussage von Dr. Achim Schorb vom ifeu Institut für Energie- und Umweltforschung in Heidelberg, der kürzlich als Referent im Druckhaus Berlin-Mitte warnte: „Die Printbranche muss aufpassen, dass sie nicht als Umweltverschmutzter überkommt.“ Anschließend übergab Lind das Wort an Roland Schröder von der hubergroup Deutschland.

Für Klarheit sorgen

Schröder begann mit dem Hinweis, dass allein seine Teilnahme an der heutigen Podiumsdiskussion für einige Unruhe gesorgt habe. Schon am Tag der Einladung durch das DBM Druckhaus Berlin-Mitte habe er diverse Nachrichten erhalten – nicht nur in freundlichem Ton. Vom 14. Bis zum 28. März 2017 fand eine von der hubergroup mit Partnern organisierte bundesweite LED-UV-Roadshow statt. Diese Punkte belegten bereits, wie wichtig es sei, für Klarheit zu sorgen und den aktuellen Stand zum LE(D) UV-Druck auch aus Sicht der hubergroup darzustellen.

Anhand von Marktzahlen zeigte Schröder auf, dass der Verkauf von Offsetdruckfarben seit Jahren leicht rückläufig ist, was auch daran liege, dass immer mehr Druckbetriebe aufgeben. Andererseits wachse der Umsatz mit LE-UV-Farben. Es sei aber bei weitem nicht so, dass sich der Farbbedarf beider Drucksysteme gegenseitig kompensieren. Verpackungshersteller, Markenartikler und Designer gäben die Trends vor. Und der gehe zurzeit eindeutig Richtung UV. UV-Akzidenzdruck, Offset- und Flexoverpackungen seien Wachstumsmärkte für UV-Farben.

Schröder unterstrich das Verantwortungsbewusstsein der hubergroup für die Umwelt anhand eines Zitates ihres Geschäftsführers Heiner Klokke und wies darauf hin, dass das Unternehmen Mitglied bei diversen Umweltprojekten ist. Die Energiestrategie des Unternehmens schließe sich dem an.

Deinking und Recycling von UV-Farben nicht zufriedenstellend.

Aus Sicht der hubergroup sei der Status quo beim Deinking und Recycling von UV-Farben nicht zufriedenstellend. Die Gründe hierfür lägen vor allem in einer „falschen“ Verbandsarbeit und zu wenig Druck von außen, aber auch daran, dass die Thematik nicht im Fokus von Markenartiklern, Agenturen und Endkunden stehe. Die hubergroup bleibe definitiv bei diesem Thema „dran“. Fakt ist: UV-Farben sind nicht bzw. nur sehr schwer deinkbar.

Schröder weiter: „Wenn man sich die Strecke zum Deinking für UV-Farben als 100-m-Lauf vorstellt, sind wir beim dritten Meter. Projekte aus der Vergangenheit haben aber gezeigt, dass es gehen kann und auch geht. Man braucht dafür Ausdauer und starke Partner und die Bereitschaft, erreichte Zwischenziele als Erfolg zu sehen“.

Ein Partner bei der Herstellung ökologischer Papiere ist Steinbeis Papier. Laut Unternehmensangaben ist es seit 1976 auf Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft ausgerichtet. Die Rohstoffbasis zur Herstellung von grafischen Recyclingpapieren besteht aus 100 % Altpapier. Steinbeis wurde mit den Umweltsiegeln „Blauer Engel“, „EU-Ecolabel“ und „Cradle-to-Cradle“ zertifiziert. Das Unternehmen und dessen Sicht auf die Ökologie von UV-bedruckten Printobjekten wurde von Dr. Frank Wenig vorgestellt. Einleitend zeigte Wenig auf, wie weit der Produktionskreislauf bei Steinbeis bereits geschlossen ist.

... mit UV-Technik bedruckte Papiere für die Herstellung grafischer Recycling-Papiere ungeeignet

Da UV-Printobjekte bereits seit einigen Jahren auf dem Markt sind, stelle sich für sein Unternehmen schon länger die Frage, wie man diese Papiere deinken könne. Verschiedenste Tests, die bis heute durchgeführt würden, belegten, dass ein befriedigendes Deinking nicht möglich sei und dass die mit UV-Technik bedruckten Papiere für die Herstellung grafischer

Recycling-Papiere ungeeignet sind. Es sei trotz vielfältiger Bemühungen nicht gelungen, die Druckfarben, die beim UV-Druck aushärten, hinreichend zu entfernen.

Bereits 2008 machte die INGEDE auf diese Problematik aufmerksam, zuletzt 2015 mit einer Pressemitteilung.

Mit Fotos von „normalen“ und UV-bedruckten Papieren nach dem Recycling zeigte Wenig anschaulich auf, dass ein ausreichendes Deinking von UV-Druckobjekten bis heute nicht möglich ist. Deshalb könnten diese Druckobjekte grundsätzlich nicht für die Herstellung grafischer Papiere recycelt werden. Ein zu hoher Anteil von UV-Druckobjekten in der Rohstoffbasis, d.h. besonders bei Altpapieren, die bei Druckereien anfallen, habe bei Steinbeis Papier schon zu erheblichen Mengen an Ausschuss beim Recyclingprozess geführt. Grafische Papiere verlangen ein Mindestmaß an Sauberkeit und Weiße, nicht nur aus ästhetischen Gründen, sondern auch um z. B. darauf gut lesbare QR- oder Barcodes abbilden zu können.

Dr. Wenig wies darauf hin, dass es durch den zunehmenden UV-Druck immer schwerer wird, hochwertiges, grafisches Recyclingpapier herzustellen.

ausgehärtete UV-Farben sind Plastik

Die praktischen Beispiele zeigten, wie viel Plastikschnitz durch den UV-Druck entsteht. Denn ausgehärtete UV-Farben sind Plastik. Plastikmüll ist eines der großen Problemfelder beim Thema Umweltschutz. Nachhaltigkeit kann mit UV-Druck-Objekten daher nicht erzielt werden.

Im Anschluss an die Vorträge begann die von Frau Lieke moderierte Fragerunde, an der sich das Publikum lebhaft beteiligte. Eine erste Frage bezog sich auf die Gesundheitsverträglichkeit der UV-Farben selbst, insbesondere vor dem Erreichen ihrer endgültigen Aushärtung. Diese gelingt nur mit einwandfrei funktionierenden und bedienten Druckmaschinen. Vor der Aushärtung der Druckfarben soll aus

Gesundheitsgründen kein Hautkontakt stattfinden.

Laut Aussagen von Schröder und den anwesenden Druckmaschinenherstellern ist es beim UV-Druckprozess Pflicht, Schutzkleidung zu tragen. Diese Schutzmaßnahme werde zumindest bei deutschen Druckereien auch eingehalten.

Des Weiteren wurde vom Publikum die Frage gestellt, ob es möglich sei, UV-Druckfarbe zu erkennen, sei es vom Endverbraucher oder auch vom Fachmann. Antwort der anwesenden Spezialisten: UV-Druck ist selbst für einen Fachmann schwer zu erkennen, weil Merkmale wie ein typischer Geruch o.ä. fehlten.

Es bestand Einigkeit bei allen Beteiligten, dass eine Optimierung des Deinkings von UV-Druckprodukten notwendig ist. So soll der Anteil an Plastikmüll reduziert werden und das Papierrecycling nicht weiter behindert werden. Dies ist aber auf absehbare Zeit nicht möglich! Bernd Groh von der hubergroup machte darauf aufmerksam, dass das Thema nur gemeinsam und nicht von einem Projektpartner allein gelöst werden kann. Auch Papierhersteller wie Steinbeis müssten sich beteiligen, wozu dieses Unternehmen durchaus bereit ist.

Ein Vertreter eines Druckmaschinenherstellers erläuterte, dass ein Teil seiner Kunden nicht auf UV-Druck verzichten wolle. Es gäbe auch keine Marktmacht, um hieran etwas zu ändern. Zeitdruck und auch die Möglichkeiten dieses Druckverfahrens selbst sind laut Druckmaschinenherstellern die Argumente für den UV-Druck. Das Thema Ökologie sei nachrangiger. Sie sehen das Thema entspannter. LE(D)-UV-Druck Sorge aufgrund des geringeren Stromverbrauchs als herkömmlicher UV-Druck für eine positive Ökobilanz. Warum also sollten Drucker damit nicht werben dürfen?

Verstärkte Abwanderung in digitale Medien

Aus dem Publikum wurde dazu die Befürchtung geäußert, dass mit dieser Herangehensweise, Papier und Druck ein immer schlechteres Image bekämen und dadurch eine verstärkte

Abwanderung in digitale Medien erfolgen könnte.

Für den Verlag, der vorrangig Blauer Engel Recyclingpapier für seine Druckprodukte einsetzt, bestehe außerdem die Gefahr von nicht tragbaren Kostensteigerungen durch den höheren Aufwand beim Recycling.

Es wird daran gearbeitet, dass das Deinking ermöglicht wird, aber eine Lösung ist in absehbarer Zeit nicht erkennbar.

Fazit der Veranstaltung: Es ist derzeit nur schwer möglich, Printobjekte, die im UV-Druck bearbeitet worden sind, zu deinken und damit auch hochwertig zu recyceln. Das ist von allen Beteiligten erkannt worden. Es wird daran gearbeitet, dass das Deinking ermöglicht wird, aber eine Lösung ist in absehbarer Zeit nicht erkennbar.

Es bleibt der jeweiligen Druckerei überlassen, ob sie mit einer positiven Ökobilanz aufgrund eines geringeren Stromverbrauchs als umweltbewusstes Unternehmen wahrgenommen werden will. Es ist aber de facto so, dass diese UV-Printobjekte der Umwelt keinen Gefallen tun.

Startschuss für Kooperationen

Infotage wie diese Veranstaltung im DBM Druckhaus Berlin-Mitte sind wichtig, um Aufklärungsarbeit zu leisten und Unsicherheiten zu beheben. Dies sind alle Beteiligten nicht zuletzt dem Endverbraucher schuldig. Zugleich kann diese Veranstaltung ein Startschuss für Kooperationen gewesen sein, die dazu beitragen, die unstrittigen Probleme mit UV-Printobjekten zu beheben. Die Umwelt würde es danken.

Kontakt:

DBM Druckhaus Berlin-Mitte GmbH

Martin Lind

Wilhelm-Kabus-Straße 21-35

10829 Berlin

Telefon 030 / 20 35 32 76

Telefax 030 / 20 35 32 75

mlind@druckhaus-berlin-mitte.de

www.druckhaus-berlin-mitte.de

Pressekontakt:

Marketing Partnership:

Markus Galla

Telefon 089 / 66 61 62 41

mg@markusgalla.de

Über DBM Druckhaus Berlin-Mitte

Das Druckhaus Berlin-Mitte gilt als eine der umweltfreundlichsten Druckereien Deutschland. Sie ist die erste Druckerei, die Druckprodukte mit dem „Blauen Engel“ UZ-195 kennzeichnen darf. Im Druckhaus arbeiten rund 65 Mitarbeiter an zwei Standorten. Die Druckerei bietet hochwertigen Offsetdruck, Weiterverarbeitung, Veredelung sowie Mailingproduktion an. Zum Einsatz kommen dabei 5-Farb-Druckmaschinen.

Das Unternehmen bietet die klimaneutrale Druckproduktion, durch den Ausgleich mittels hochwertiger Zertifikate (Gold-Standard). Seit 2002 ist das Umweltmanagement der Druckerei nach EMAS validiert und es ist ein der ISO-Norm 9001 entsprechendes Qualitätsmanagement installiert.

Ein starker Schritt für Menschenrechte! Zeigt uns, wer unsere Schuhe macht!

geschrieben von Andreas | 18. Mai 2017

Pressemitteilung

Schuhmarken und Händler müssen transparent über die Einhaltung der Menschenrechte berichten

SÜDWIND fordert als Teil der Kampagne Change Your Shoes von deutschen und europäischen Schuhunternehmen wie u. a. Deichmann und Birkenstock die Offenlegung ihrer gesamten Lieferkette.

Bonn, 9. Mai 2017 – 23 Milliarden Paar Schuhe werden weltweit pro Jahr produziert. Wir in Deutschland kaufen davon jährlich durchschnittlich fünf Paar. Woher kommen diese Schuhe? Wie wurden sie hergestellt? „Auf der Schuhverpackung oder am Schuh selbst sucht man vergeblich nach Informationen über Produktions- und Arbeitsbedingungen“, kritisiert Dr. Sabine Ferenschild von SÜDWIND. Mit der Forderung nach mehr Transparenz in der Schuhindustrie startet heute eine europaweite Kampagne.

In den vergangenen zwei Jahren fanden Recherchen zu den Arbeitsbedingungen im Schuhsektor in elf Ländern statt: „Die überwiegende Zahl der Befragten erhält keinen existenzsichernden Lohn“, sagt Ferenschild. In Indonesien nähen mehr als 40.000 HeimarbeiterInnen in Handarbeit Schuhoberteile und bekommen dafür zwischen 20 und 30 Cent pro Paar. Der Mindestlohn in Bosnien Herzegowina, Mazedonien und Rumänien liegt zwischen 145 und 165 Euro pro Monat. Im Vergleich dazu liegt dieser in der Provinz Dongguan, China bei umgerechnet 213 Euro. Weder chinesische noch osteuropäische ArbeiterInnen können mit diesem Lohn einen angemessenen Lebensunterhalt für sich und ihre Familien bestreiten. Türkische ArbeiterInnen berichten von Hautkrankheiten, Gleichgewichtsstörungen und Asthma durch das Hantieren mit Farben, Kleber und Lösungsmittel. Die Befragten beklagen, dass sie nicht krankenversichert sind und gewerkschaftliche Organisation nicht zugelassen wird. „Wir haben in den letzten Jahren Hunderte Fälle von Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen dokumentiert. Egal wo, die Geschichten der Arbeiterinnen und Arbeiter wiederholen sich in

erschütternder Weise“, resümiert Sabine Ferenschild.

Eine weltweite und vielgliedrige Kette von Produktionsstätten trennt uns KonsumentInnen von den ProduzentInnen. SÜDWIND sowie die anderen Mitglieder der Change Your Shoes-Kampagne fordern ein Ende der Verschleierung von Produktionsbedingungen und die Veröffentlichung der gesamten Produktionskette. Diese Transparenz ermöglicht einerseits ArbeiterInnen und Gewerkschaften gezielt auf Probleme aufmerksam zu machen. KonsumentInnen können andererseits Informationen über Produktions- und Arbeitsbedingungen bei ihrer Kaufentscheidung berücksichtigen.

In der heute gestarteten Petition „Ein starker Schritt für Menschenrechte“ werden deutsche Schuhunternehmen wie u. a. Deichmann, Birkenstock aufgefordert, ihre Zulieferkette zu veröffentlichen und über Menschenrechtsstandards zu informieren.

KonsumentInnen sind eingeladen, die Petition „Starker Schritt für Menschenrechte. Zeigt uns, wer unsere Schuhe macht“ unter www.suedwind-institut.de zu unterstützen.

Kontakt:

Dr. Sabine Ferenschild

Tel.: +49 (0)228-76 36 98-16

E-Mail: ferenschild@suedwind-institut.de

Change Your Shoes ist eine Initiative von 18 Menschenrechts- und Arbeitsrechtsorganisationen, die sich für eine nachhaltige und ethische Schuhlieferkette einsetzen. Indem die Kampagne KonsumentInnen für einen nachhaltigen Lebensstil sensibilisiert, Lobbyarbeit bei PolitikerInnen und Labelorganisationen leistet und Unternehmen drängt, ihre Sorgfaltspflichten wahrzunehmen, zielt sie darauf ab, soziale und ökologische Bedingungen in der Schuh- und Lederindustrie zu verbessern.

Gefährliche Mineralöle in Lebensmitteln: Neuer Gesetzentwurf von Bundesernährungsminister Schmidt schützt Verbraucher nicht vor Gesundheitsrisiko

geschrieben von Andreas | 18. Mai 2017

Pressemitteilung – Thema: Mineralöle in Lebensmitteln

Berlin, 10. April 2017. Der neue Gesetzesvorschlag von Bundesernährungsminister Christian Schmidt für eine „Mineralölverordnung“ schützt nicht vor gefährlichen Verunreinigungen in Lebensmitteln. Das hat die Verbraucherorganisation foodwatch heute kritisiert. Zwar sieht der Entwurf, den das Ministerium kürzlich vorgelegt hat, vor, dass sogenannte „funktionelle Barrieren“ für Lebensmittelverpackungen aus Altpapier verpflichtend werden. Allerdings seien die Vorgaben für die Schutzschichten viel zu lasch und es gebe zahlreiche Schlupflöcher. Mineralöle und hunderte andere gefährliche Stoffe könnten daher weiterhin nahezu ungehindert auf Lebensmittel übergehen, so foodwatch.

„Das ist typische Politik à la Minister Schmidt: Offiziell wird zwar eine schützende Barriere für Lebensmittelhersteller per Gesetz vorgeschrieben, wie es Experten schon lange fordern – die Vorgaben dafür sind aber so lasch, dass Verbraucherinnen und Verbraucher trotzdem nicht geschützt werden“, sagte Johannes Heeg von foodwatch. „Bundesernährungsminister Schmidt will offenbar die für ihn leidige Debatte um gefährliche

Mineralöle in Lebensmitteln abwürgen. Anstatt wirkungslose Gesetzesvorlagen zu schreiben, sollte der Minister endlich seinen Job machen und die Verbraucherinnen und Verbraucher vor Gesundheitsgefahren schützen.“

Das Bundesernährungsministerium hatte im März einen Entwurf für eine „Mineralölverordnung“ (22. Verordnung zur Änderung der Bedarfsgegenständeverordnung) vorgelegt. Dieser schreibt die Verwendung sogenannter „funktioneller Barrieren“ bei Lebensmittelverpackungen aus Altpapier vor: zum Beispiel eine dünne Schicht auf dem Karton, die den Übergang von gefährlichen Stoffen auf Lebensmittel verhindern soll. Schon 2012 war ein vom Bundesernährungsministerium beauftragtes wissenschaftliches Gutachten zu dem Ergebnis gekommen, dass gesättigte (MOSH) und aromatische Mineralöle (MOAH) sowie hunderte weitere, potenziell gesundheitsschädliche Substanzen auf Lebensmittel übergehen und daher der Einsatz von Barrieren dringend notwendig sei. Der nun vorgelegte Entwurf von Herrn Schmidt wird den Empfehlungen der Experten jedoch in keiner Weise gerecht, kritisierte foodwatch. Entscheidend seien vor allem drei Schwachstellen:

1) Unwirksame Schutzbarrieren

Zwar sieht der Entwurf von Minister Schmidt funktionelle Barrieren für Altpapierverpackungen vor. Allerdings wird eine Barriere bereits als „funktional“ definiert, wenn der Übergang von MOAH auf Lebensmittel unter 0,5 mg/kg liegt – ein viel zu hoher Wert. Hierfür können relativ schwache Barrieren ausreichen, die weder den Übergang von MOSH noch den weiteren gesundheitsschädlicher Stoffe verhindern.

2) Zu viele Ausnahmen

Die angestrebte Barrierepflicht enthält außerdem zahlreiche Ausnahmen: So sieht der Entwurf zum Beispiel keine Barrieren für Lebensmittelpackungen aus Frischfaserkartons vor. Mineralöle können allerdings auch aus Umverpackungen, etwa beim Transport oder der Lagerung, durch die Frischfaserverpackung auf Lebensmittel übergehen – diese

Gefahr ignoriert der Gesetzentwurf. Auch bei Recyclingkarton mit geringen MOAH-Werten müssen Hersteller keine Barrieren verwenden – gesättigte Mineralöle (MOSH) oder andere Substanzen können so weiterhin ungehindert auf das Lebensmittel übergehen.

3) Andere Eintragswege werden nicht beachtet

Der Verordnungsentwurf bezieht sich ausschließlich auf MOAH-Verunreinigungen aus Recyclingverpackungen. Lebensmittel können aber auch aus anderen Quellen mit Mineralölen verunreinigt werden, etwa durch Maschinenöl. Dieses Problem wird von der Bundesregierung überhaupt nicht adressiert.

foodwatch forderte, endlich wirksame gesetzliche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung zu ergreifen: Für alle Lebensmittelverpackungen aus Papier müssten wirksame „funktionelle Barrieren“ vorgeschrieben werden, die den Übergang von Mineralölen und anderen Chemikalien auf Lebensmittel verhindern. Zudem forderte die Verbraucherorganisation strenge Grenzwerte für Mineralöle in Lebensmitteln, die besonders kritischen MOAH dürften gar nicht in den Produkten nachweisbar sein. Über eine E-Mail-Protestaktion unter www.mineraloel-aktion.foodwatch.de unterstützen bereits mehr als 120.000 Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden diese Forderung.

Gesättigte Mineralöle können sich im Körper anreichern und Organe schädigen, aromatische Mineralöle stehen in Verdacht, krebserregend und erbgutverändernd zu sein. Sie können beispielsweise aus Verpackungen oder Maschinenölen in Lebensmittel gelangen. Eine wesentliche Quelle für Verunreinigungen ist Altpapier, das neben Mineralölen auch hunderte andere Chemikalien enthalten kann, darunter viele gesundheitsgefährdende Substanzen wie Weichmacher und Lösungsmittel.

Link:

– E-Mail-Aktion von foodwatch für einen besseren Schutz vor Mineralölverunreinigungen in Lebensmitteln: www.mineraloel-aktion.foodwatch.de

Quellen und weiterführende Informationen:

- Ausführliche Stellungnahme von foodwatch zur neuen Mineralölverordnung: tinyurl.com/kmxftj6
- Gesetzentwurf vom Bundesernährungsministerium: tinyurl.com/mju8rmf
- Wissenschaftliches Gutachten im Auftrag des Bundesernährungsministeriums (2012): tinyurl.com/ljkx2gy

Pressekontakt:

Andreas Winkler

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90

0-1-2-3-Kennzeichnung von Eiern nicht ausreichend – foodwatch fordert gesetzliche Standards für Tiergesundheit

geschrieben von Andreas | 18. Mai 2017

Pressemitteilung – Thema: Eier / Tierhaltung / Ostern

Berlin, 10. April 2017. Egal ob Bio-, Freiland- oder Bodenhaltung – viele Eier stammen von kranken Legehennen, ohne dass Verbraucherinnen und Verbraucher das beim Ostereinkauf erkennen können. Darauf hat die Verbraucherorganisation foodwatch hingewiesen. Zwar informiert der Stempel auf dem Ei über die formalen Haltungskriterien – dies sage jedoch nichts

über den Gesundheitszustand der Tiere aus. Untersuchungen zeigten bei Hühnern zahlreiche Symptome wie Gelenkerkrankungen, Brustbeinschäden, Eileiterentzündungen oder Wurmbefall. Dabei gebe es keine signifikanten Unterschiede zwischen konventioneller und Bio-Haltung, zwischen kleinen Höfen und Großbetrieben. Zwar gebe es in allen Haltungsformen hervorragende Betriebe, aber ebenso Betriebe mit sehr schlechter Tiergesundheit, so foodwatch. In allen Betriebsformen erleiden Hennen zum Beispiel aufgrund der hohen Legeleistung sehr häufig Knochenbrüche: Um die vielen Eierschalen produzieren zu können, wird den Knochen das Kalzium entzogen, das macht diese sehr anfällig für Brüche.

„Die 0-1-2-3-Kennzeichnung sagt nur die halbe Wahrheit über das Leben der Legehennen. Platz und Auslauf sind wichtig. Aber es gibt bisher keinerlei Vorgaben für die Tiergesundheit – weder bei Bio noch bei der konventionellen Legehennenhaltung. Das muss sich dringend ändern“, sagte Martin Rücker, Geschäftsführer von foodwatch. Die Verbraucherorganisation forderte Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt auf, sich für verbindliche Zielvorgaben für die Tiergesundheit und die bestmögliche Haltungsform als Standard für alle Nutztiere in Europa einzusetzen. Über eine E-Mail-Aktion von foodwatch unter www.tierhaltungswende.de unterstützen bereits mehr als 130.000 Bürgerinnen und Bürger die Forderung. Zur Debatte um die Ausweitung der 0-1-2-3-Kennzeichnung bei verarbeiteten Eiern sagte Martin Rücker: „Es ist absurd, dass die Haltungsform bei frischen Eiern angegeben werden muss, bei Kuchen, Nudeln, Eiscreme oder bei gekochten Ostereiern aber nicht. So richtig die Ausweitung der Kennzeichnung auf verarbeitete Produkte ist, so wenig ändert sie aber am großen Problem der Legehennenhaltung: Verbraucherinnen und Verbraucher bekommen massenhaft Eier von krank-gehaltenen Hühnern serviert, ohne jede Möglichkeit, sich für garantiert tiergerechte Produkte zu entscheiden.“

Viele Verbraucherinnen und Verbraucher greifen mittlerweile zu

Eiern aus Freiland- oder Biohaltung, weil die Hennen dort besser arteneigene Verhaltensweisen ausüben können als in Boden- oder gar Käfighaltung. Die Tiere haben zum Beispiel etwas mehr Platz und können ins Freie. Doch obwohl solche formalen Haltungsvorgaben sehr wichtig für die Tiere sind, können sie allein nicht garantieren, dass die Tiere auch tatsächlich gesund sind, kritisierte foodwatch. Entscheidend sei vielmehr vor allem die Qualität des Betriebsmanagements.

Martin Rücker von foodwatch: „Wenn es um Tierhaltung geht, wird fast nur über formale Kriterien wie Platzbedarf oder Ausgestaltung der Ställe gesprochen – das ist viel zu kurz gegriffen. Wir brauchen endlich eine echte Tierhaltungswende: Die beste Haltungsform muss Standard werden, und zugleich müssen endlich auch klare Zielvorgaben für gute Tiergesundheit gesetzlich vorgeschrieben werden. Unser Ziel muss sein: In Zukunft darf kein Tierprodukt mehr in den Handel kommen, das von krank gehaltenen Tieren stammt!“

Link:

– E-Mail-Protestaktion von foodwatch für eine Tierhaltungswende: www.tierhaltungswende.de

Quellen und weiterführende Informationen:

– Mehr Informationen zur Legehennenhaltung finden Sie in dem ausführlichen foodwatch-Report „Ich wollt‘, ich wär kein Huhn“ (2015): www.legehennen-report.foodwatch.de

Pressekontakt:

foodwatch e.V.

Andreas Winkler

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90

Hunderte Tote nach Schlammlawinen in Kolumbien – „Menschen, Häuser, Bäume und Autos wurden einfach weggerissen. Ganze Viertel sind ausgeradiert“ (José Antonio Castro, Bürgermeister von Mocoa)

geschrieben von Andreas | 18. Mai 2017

Innerhalb weniger Tage hat es in diesem Frühjahr in der Grenzregion zwischen Ecuador und Kolumbien so viel geregnet wie sonst innerhalb eines Monats. Anfang April hält der aufgeweichte Boden nicht mehr stand – schwere Überschwemmungen und Erdrutsche verwüsten den Südwesten Kolumbiens.

Besonders hart getroffen wurde die Region um die Stadt Mocoa. Von den 70.000 Einwohnern hatten viele keine Chance, sie wurden im Schlaf von der Schlammlawine überrascht. Die Zahl der Toten ist mittlerweile auf über 300 gestiegen, darunter sind 92 Kinder. Noch immer gelten hunderte Menschen als vermisst.

Mehr als die Hälfte der Stadtbevölkerung ist von den Erdrutschen und den Folgen betroffen. Am schlimmsten ist die Situation in den zahlreichen Armenvierteln. Viele der dort lebenden Binnenflüchtlinge sind vor den gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Regierung, Guerilla und rechtsextremen Paramilitärs geflüchtet. Die meisten haben bereits schlimme Erlebnisse hinter sich, oft gar nicht oder nur unzureichend aufgearbeitet, und wurden nun durch die

Naturkatastrophe erneut traumatisiert.

Um ihnen zu helfen, wird nach Ostern ein Team der Notfallpädagogik in die zerstörte Region reisen. Der Krisen-Einsatz wird erstmals durch ein rein südamerikanisches Team durchgeführt, unter deutscher Leitung und mit Unterstützung der Freunde der Erziehungskunst. Die vornehmlich kolumbianischen Notfallpädagogen werden für zwei Wochen vor Ort sein.

Bereits seit Jahren bildet die Fort- und Weiterbildung in Südamerika einen wichtigen Schwerpunkt in der internationalen Seminartätigkeit der Freunde. So wurden die lokalen Einsatzgruppen gestärkt und sind nun im Katastrophenfall in der Lage, schnell zu helfen. Zudem tragen die fehlende Sprachbarriere und die persönliche Verbundenheit dazu bei, Nähe zu den Traumatisierten aufzubauen und ihnen so besser Beistand leisten zu können.

Einsätze wie dieser sind nur durch Spenden möglich – Wir sind für jede Unterstützung dankbar!

Spendenkonto

GLS Bank Bochum BLZ 430 609 67 Konto 800 800 700

IBAN DE06 4306 0967 0800 8007 00

BIC GENODEM1GLS Stichwort „Notfallpädagogik“

Kontakt Presse:

Reta Lüscher-Rieger

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Notfallpädagogik

Tel.: 0721-354806 183

Fax: 0721-354806 180

E-Mail: r.luescher-rieger@freunde-waldorf.de

Webseite: www.freunde-waldorf.de

Die Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners e.V. fördern weltweit Initiativen eines freien Bildungswesens. Seit 1971 setzen sie sich für die Waldorfpädagogik und für Freiheit im Bildungswesen ein. Seit 1993 organisiert und betreut das Büro

in Karlsruhe internationale Freiwilligendienste in aller Welt und ermöglichte bislang über 20.000 Menschen einen sozialen Dienst in über 350 Projekten in mehr als 60 Ländern. Zurzeit nehmen jährlich fast 2.000 junge Menschen an den Programmen teil. Seit Sommer 2011 können Interessierte über den Verein auch einen 12-monatigen Freiwilligendienst in anthroposophischen Einrichtungen in Deutschland leisten.

Seit 2006 sind die Freunde der Erziehungskunst im Bereich „Notfallpädagogik“ tätig. In Folge von kriegerischen Auseinandersetzungen und Naturkatastrophen arbeiteten sie bislang mit psychotraumatisierten Kindern und Jugendlichen im Libanon (2006), China (2008 und 2013), Indonesien (2009), Haiti (2010), Kirgisistan (2010), Japan (2011) und Kenia (2012 – 2013), Bosnien und Herzegowina (2014), Griechenland (2015), Slowenien (2015), Nepal (2015-2016), Ecuador (2016), Gaza (2009 – 2016), Philippinen (2013-2016), Haiti (2016), Nepal (seit 2015) und Kurdistan-Irak (seit 2013).

tegut... und die Remlinger Rüben sind „Zu gut für die Tonne“ und unter den ersten drei des Bundespreises für Engagement gegen Lebensmittelverschwendung

geschrieben von Andreas | 18. Mai 2017

Medienmitteilung vom 06.04.2017

tegut... gute Lebensmittel GmbH & Co. KG

Am 5. April freuten sich Stella Kircher und Thomas Schwab unter den ersten drei der Auszeichnung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft in Berlin zu sein. Insgesamt waren 168 Bewerbungen bei der zweiten Verleihung dieses Preises eingegangen. Überzeugt hat in der Kategorie Handel der vorbildliche Einsatz zur Verhinderung von Lebensmittelverschwendung. Die Leiterin der Unternehmenskommunikation weiß, „dass wir zusammen mit den Remlinger Rüben entlang der Wertschöpfungskette die gesamte Ernte verwenden können“. Der Leiter der Remlinger Rüben Thomas Schwab ist überzeugt, ein gutes Vorbild für den LEH, die Erzeuger und Verarbeiter zu sein: „Es braucht viel Einsatz, aber wir beweisen, dass es möglich ist“.

Kundenerwartung schürt den Konflikt „Tonne oder Teller?“

Bundesminister Christian Schmidt machte in der Kategorie Handel deutlich, dass die Kundenerwartung nahezu perfekte Ware vorzufinden, oft bedeute, dass weniger perfekte Lebensmittel nicht im Handel sondern in der Tonne landen: „Dies zu verhindern ist vielen Lebensmittelgeschäften nicht nur ein ideelles Anliegen“. Der Laudator und Dokumentarfilmer Valentin Thurn betonte, dass Einzellösungen die Branche nicht alleine umkrempeln könnten. Es müssten zusätzlich ökonomische Anreize geschaffen werden, bspw. sollten Lösungen gegen Lebensmittelverschwendung steuerlich begünstigt werden: „Dies schmälert nicht den Verdienst und die Innovationskraft der Einreichungen zum Preis in diesem Jahr“.

Von zu kleinen Kartoffeln bis hin zu Sortierabfällen – Die gesamte Ernte wird genutzt

Sortierabfälle, Pferdemist und Grünschnitt werden kompostiert. „Das Ergebnis ist für uns wertvoller Humusdünger, den wir aufs Feld aufbringen“, verdeutlicht Schwab. Das nicht marktfähige Gemüse – beschädigt durch Bruch oder Anfraß – wird gegen den im ersten Schritt benötigten Mist als Futtermittel getauscht. „Kartoffeln mit Macken oder grünen Stellen gehen in Schälbetriebe oder Gastronomie. Schlussendlich bietet tegut...

bspw. acht Kartoffelsorten im Markt an: Lose, mittlere Kartoffeln für den bedarfsgerechten Einkauf und weniger Verschwendung in privaten Haushalten. Verschiedene Kilo-Packungen werden nach Kocheigenschaften angeboten. Auf den ersten Blick zu kleine Schwenkkartoffeln oder zu große Back&Grill- Kartoffeln runden das Angebot ab. Man müsse zwar immer die lokalen Gegebenheiten der Produzenten betrachten, „aber wer die Konsequenzen seiner Produktion kenne, findet auch Einsparpotentiale“, ergänzt Schwab.

Umfassend und einzigartig im deutschen LEH

Seit sechs Jahren schaffen es der Produzent aus Remlingen und der Händler aus Fulda die gesamte Ernte an Bio-Zwiebeln, Möhren und Kartoffeln zu verwenden. Die Produktion garantiert, dass keine Lebensmittel vernichtet werden. Zugleich sind die Kunden sensibilisiert für bedarfsgerechte Mengen und natürlich gewachsenes Gemüse. „Wir zeigen bewusst, dass Qualität und Geschmack anstatt ausschließlich Optik ausschlaggebend sind für den Anbau und die Vermarktung“, so Kircher. Langjähriger Vertragsanbau und feste Abnahmemengen sind Grundlage für das gemeinsame Entwickeln schmackhafter Sorten „Wir hoffen, dass mehr Produzenten mit uns einen solchen Weg gehen und dadurch nicht nur in Remlingen entlang der Wertschöpfungskette die gesamten Erntemengen genutzt werden“, wünscht sich Kircher.

Automatische Bestellung, Rabatte kurz vor Ablauf des MHDs oder die Weitergabe an die Tafeln

Das gemeinsame und gesamtgesellschaftliche Ziel Lebensmittelverschwendung einzudämmen wird auch in den tegut... Märkten verfolgt. Zum einen werde rund 82 Prozent des Sortiments anhand des Abverkaufs automatisch nachbestellt. Die kurz vor Ablauf des MHDs stehenden Produkte werden rabattiert verkauft. Die nicht mehr zum Verkauf nutzbaren, aber verzehrfähigen Produkte holen die regionalen Tafeln und Stadtmissionen im Markt ab. Der letzte Schritt ist die Belieferung von Biogasanlagen, so werden keine Lebensmittel als Energiepflanzen genutzt.

Bildquelle: BMEL/Christof Rieken

Von links/ Bildunterschrift: Gemeinsam für Lebensmittel als Mittel zum Leben: Stella Kircher und Thomas Schwab auf der Verleihung des Bundespreises in Berlin.

Über tegut...

Die tegut... gute Lebensmittel GmbH & Co. KG ist ein Handelsunternehmen mit rund 280 Lebensmittelmärkten in Hessen, Thüringen, Bayern sowie Göttingen, Mainz, Stuttgart und Ludwigsburg. Das Angebot frischer und ökologischer Lebensmittel, regionaler Bezug sowie Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten der Mitarbeitenden stehen im Fokus des Vollsortimenters.

Bis zu 23 000 Produkte

tegut... bietet seinen Kunden rund 23 000 Produkte (gängige Markenprodukte sowie Eigenmarken in den Preis- und Qualitätsstufen tegut... kleinster Preis, tegut... Mehrwertmarke mit tegut... Reinheitsversprechen, tegut... vom Feinsten bis hin zu tegut... Bio und der Vielzahl weiterer Bio-Marken).

Vollsortimenter mit Fokus auf Bio

1982 hat tegut... erstmals Bio-Lebensmittel in sein Sortiment aufgenommen und erwirtschaftet heute mit über 3 000 Bio-Produkten 25,3 % seines Umsatzes. tegut... betreibt drei unterschiedliche Konzepte: Derzeit 122 Supermärkte (in Eigenregie mit 800 m² bis 2 500 m² Verkaufsfläche als Vollsortimenter mit bis zu 23 000 Artikeln), 120 inhabergeführte Nahversorger (mit bis zu 800 m² Verkaufsfläche und rund 7 500 angebotenen Artikeln) sowie 30 „tegut... Lädchen für alles“ (ab 120 m² auf dem Land und in Stadtquartieren mit rund 4 200 Produkten zur Nahversorgung).

Teil der Migros Zürich

Seit 2013 ist tegut... ein Teil der Genossenschaft Migros Zürich. 2016 beläuft sich der Netto-Umsatz auf 996 Mio. Euro (Vorjahr 980,9 Mio. Euro). Die Flächenproduktivität wurde 2016 um 1,2% gesteigert. Insgesamt sind 5.780 Menschen in den Märkten, den Logistikzentren und den Zentralen Diensten in Fulda für tegut... tätig. Weitere Informationen finden Sie unter

www.tegut.com oder unter www.facebook.com/tegut

Über Remlinger Rüben...

Seit 1993 betreiben Thomas Schwab und Ines Herold-Schwab den Bioland-Hof Schwab in Remlingen.

Die Bio-Landwirte aus Überzeugung sind seitdem auch Mitglied im Bioland-Verband. Als landwirtschaftlicher Betrieb tragen die Landwirte eine hohe Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Luft und Wasser und gegenüber der Kunden. Die Remlinger Rüben GmbH ist das regional orientierte Abpack- und Handelsunternehmen für Möhren, Kartoffeln und Zwiebeln. So werden über die Remlinger Rüben GmbH die Produkte von 20 Erzeugern vermarktet. Es bestehen enge Kooperation mit den regionalen Erzeugerbetrieben aus Mainfranken und den Abnehmern, wie dem Handelsunternehmen tegut... (Fulda) und weiteren regionalen Großhändlern.

Ausgezeichnete Qualität

Die Remlinger Rüben sind Preisträger des Bundespreises Ökologischer Landbau 2017, verliehen durch das Bundes-Landwirtschaftsministerium (BMEL).

Kontakt

Stella Kircher

Leitung Unternehmenskommunikation

Fon: 0661-104 641, Fax: 0661-104 990 641

kircher_s@tegut.com

tegut... gute Lebensmittel, Gerloser Weg 72, 36039 Fulda

Enttäuschendes Votum des

Grünen Klimafonds für Finanzierung großer Wasserkraftprojekte Germanwatch kritisiert unklaren Klimanutzen bei Großprojekt in Tadschikistan und hofft auf Ablehnung bei Votum über Neubau eines Großstaudamms im Sommer

geschrieben von Andreas | 18. Mai 2017
Pressemitteilung Germanwatch

Songdo (6. Apr. 2017). Am heutigen Donnerstag hat das Direktorium des Grünen Klimafonds (GCF) zwei vorgeschlagenen Wasserkraft-Projekten zugestimmt: Der Erneuerung der Anlagentechnik eines Großstaudamms in Tadschikistan und dem Neubau eines mittelgroßen Staudamms auf den Salomon-Inseln. Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch sieht die Finanzierung durch den GCF kritisch. Lutz Weischer, Teamleiter für Internationale Klimapolitik bei Germanwatch: „Es ist eine große Enttäuschung, dass das Direktorium des GCF heute die ersten Wasserkraftprojekte angenommen hat, ohne dafür klare Kriterien zu definieren. Insbesondere das Projekt in Tadschikistan ist ein großes Infrastrukturprojekt mit unklarem Klimanutzen – dafür ist die Klimafinanzierung zu schade.“

Besonders enttäuschend sei, dass Deutschland nach ursprünglich kritischen Kommentaren in der finalen Abstimmungsrunde nicht den Mut hatte, sich gegen das Projekt in Tadschikistan zu

stellen. Die Ablehnung durch Deutschland hätte ausgereicht, um dieses Projekt, das nicht zum GCF passe, zu verhindern. Die Entscheidung sei aber nicht unbedingt ein Präzedenzfall für weitere Wasserkraft-Großprojekte, so Weischer. Beide Projekte seien Sonderfälle. Das Projekt auf den Salomon-Inseln ist weniger groß, gut geplant und hilft dem Inselstaat zumindest dabei, von Dieselgeneratoren auf Erneuerbare Energien umzustellen. In Tadschikistan wird kein neuer Damm gebaut, sondern nur die Überholung eines bestehenden Staudamms vereinbart.

„Wie der GCF zur Frage des Neubaus von Großstaudämmen steht, muss er noch klären“, sagt Weischer. „Bei der nächsten Sitzung im Sommer steht ein entsprechendes Projekt aus Nepal auf der Tagesordnung. Wir erwarten, dass das Direktorium dann klar Position bezieht: Großstaudämme, die nicht mit den Kriterien der World Commission on Dams vereinbar sind, dürfen nicht aus der internationalen Klimafinanzierung des GCF unterstützt werden.“

Hinweis für Redaktionen:

Lutz Weischer (Germanwatch) beobachtet die heute endende GCF-Sitzung in Songdo (Südkorea). Kontaktvermittlung über Pressesprecher Stefan Küper (Kontakt s.u.).

—

Kontakt

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org

Lammsbräu erhält den Deutschen CSR-Preis in der Kategorie „Biodiversität“

geschrieben von Andreas | 18. Mai 2017

Neumarkt, 06. April 2017 – Der Bio-Pionier Neumarkter Lammsbräu wurde jetzt mit dem Deutschen CSR-Preis 2017 in der Kategorie „Biodiversitätsmanagement zum Erhalt der weltweiten biologischen Vielfalt“ ausgezeichnet. Der Deutsche CSR-Preis ist eine der wichtigsten Auszeichnungen für Nachhaltigkeits- und CSR-Engagement in Deutschland und wurde in acht Kategorien verliehen.

Die Neumarkter Lammsbräu überzeugte die Jury mit einer Vielzahl sich ergänzender Aktivitäten für den Artenschutz, deren konsequenter Verankerung im betrieblichen Management und dem steten Streben, noch mehr zu erreichen.

„Die Förderung der Biodiversität ist bei Lammsbräu seit langem ein wichtiges Thema. Viele unserer Projekte pflegen wir seit Jahren, so dass sie für uns und die beteiligten Landwirte, Lieferanten und sonstigen Partner einfach dazugehören. Umso mehr freuen wir uns jetzt über diese Auszeichnung: Sie bestärkt uns auf unserem Weg, erhöht die Strahlkraft unseres Engagements für die Umwelt und regt damit hoffentlich auch andere Unternehmen an, in ihrem Umfeld für mehr Biodiversität zu sorgen. Denn wirklicher Naturschutz gelingt am besten gemeinsam“, kommentiert Susanne Horn, die Generalbevollmächtigte der Neumarkter Lammsbräu, den Preis.

Die Motivation von Lammsbräu ist einfach erklärt: Oberste Maxime des Bio-Pioniers ist es, im Einklang mit der Natur nur die besten Getränke auf nachhaltige Art und Weise herzustellen. Dazu gehört, dass Lammsbräu schon seit mehr als zwei Jahrzehnten ausschließlich auf Bio-Zutaten setzt und sich auch über die Unternehmensgrenzen hinaus konsequent für den Erhalt der Ökosysteme und ihrer Vielfalt einsetzt. Beispielsweise unterstützen die Oberpfälzer im Rahmen ihrer Erzeugergemeinschaft EZÖB die regionalen Landwirte bei der Umstellung auf den komplett agrochemiefreien Bio-Landbau sowie der Umsetzung von Artenschutzmaßnahmen, da ein verantwortungsvoller Rohstoffanbau innerhalb der gesamten Wertschöpfungskette den größten Einfluss auf den Erhalt der Biodiversität hat. Eigens durchgeführte Schulungen helfen dabei, dass Mitarbeiter und externe Partner auch in Sachen Artenschutz immer auf dem neuesten Stand sind. Zudem verpflichtet Lammsbräu seine Zulieferer konsequent auf einen den Umweltschutz befördernden „Code of Conduct“, dessen Einhaltung zusammen mit der konkreten Umsetzung von Aktivitäten im Bereich der biologischen Vielfalt in Vor-Ort-Audits überprüft wird. Und auch von Lammsbräu unterstützte Forschungsprojekte wie „Firmen fördern Vielfalt“ oder die Förderung der ökologischen Saatgutzüchtung tragen dazu bei, neue Erkenntnisse zu erlangen und dem dramatischen Verlust der Biodiversität effektive Maßnahmen entgegen zu setzen.

Die Pressemitteilung der Veranstalter zu allen Preisträgern finden Sie unter <http://www.csrforum.eu/F7/presse/2017-04-04-Pri-DCP-Sieger.pdf>.

Mehr Informationen zum Bio-Pionier Neumarkter Lammsbräu und seinen Getränken finden Sie auf www.lammsbraeu.de

Kontakt

Antonia Green

Dr. Antonia Green

Thomas Pfaff Kommunikation
Höchlstraße 2
D-81675 München

Fon: +49-89-992496-51
Fax: +49-89-992496-53
green@pfaff-kommunikation.de

NGO-Bericht: Migranten berichten von Misshandlungen an Europas Grenzen – Rechte schutzsuchender Menschen werden vielfach verletzt

geschrieben von Andreas | 18. Mai 2017

Berlin, 6. April 2017. Von Gewalt, Brutalität und unrechtmäßiger Behandlung durch Polizisten auf der westlichen Balkan-Route berichten Geflüchtete und andere Migranten in einem heute vorgestellten NGO-Bericht. Herausgeber sind das Belgrader Menschenrechtszentrum (BCHR), der Mazedonische Verband junger Anwälte (MYLA) und Oxfam. Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Armut fliehen, werden demnach geschlagen, ausgeraubt und unmenschlich behandelt. Sie haben zudem keinen Zugang zu einem fairen Asylverfahren, vielfach kommt es zu illegalen Sammelausweisungen. Die drei Organisationen fordern von den betroffenen Ländern – Serbien, Mazedonien, Kroatien, Ungarn, Bulgarien – und der Europäischen Union, menschenrechtliche Standards einzuhalten.

Für den Bericht „An dangerous ,game‘“ wurden 140 Menschen

befragt, die in Serbien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien Zuflucht suchten. Die Studie offenbart ein erschreckendes Ausmaß an Brutalität und Missbrauch durch staatliche Ordnungskräfte gegenüber Migranten, einschließlich Kinder. Alle 140 befragten Personen berichten von Misshandlungen.

- In **Ungarn** wurden Migranten gezwungen, sich nackt auszuziehen und in den Schnee zu setzen, während Polizisten kaltes Wasser über sie gossen.
- In **Bulgarien** durchsuchten Polizisten eine Gruppe von Menschen, nahmen ihnen alle Wertsachen ab, einschließlich der Schuhe, und brachten sie zurück über die Grenze. Ein aus Afghanistan stammender Mann berichtet, gemeinsam mit anderen Flüchtlingen drei Tage ohne Essen in einer käfigartigen Zelle eingesperrt und mit Elektroschocks misshandelt worden zu sein
- Grenzpolizisten in **Kroatien** zwangen Migranten, ihre Kleidung und Schuhe auszuziehen und über die Grenze zurück nach Serbien zu laufen. Dabei schlugen die Polizisten die Migranten mit Knüppeln.

Zudem dokumentiert der Bericht zahlreiche Fälle illegaler Sammelausweisungen (so genannte Pushbacks). Dabei wird den Menschen eine individuelle Prüfung ihres Falls verwehrt, ebenso der Zugang zu einem Anwalt und Übersetzer sowie die Möglichkeit, gegen die Maßnahme rechtlich vorzugehen.

- Die Polizei in **Serbien** erklärte einer Gruppe von Migranten, darunter ein zweijähriges Kind, dass sie in eine Erstaufnahmeeinrichtung gebracht würden. Stattdessen setzten sie die Menschen mitten in der Nacht bei Minusgraden in einem Waldstück an der Grenze zu Bulgarien aus. Die Gruppe überlebte, doch zum Zeitpunkt ihrer Rettung hatten zwei Betroffene wegen Unterkühlung das Bewusstsein verloren.
- In **Serbien** erklärte eine Gruppe von Migranten vor einem Gericht, dass sie Asyl beantragen möchten. Polizisten sollten sie zu diesem Zweck in eine Erstaufnahmeeinrichtung bringen. Stattdessen vernichteten die Ordnungskräfte die

Gerichtsdokumente und fuhren die Migranten an die Grenze.

- In **Ungarn** wurde der Asylantrag eines 22-jährigen Syrers im Zuge eines höchst mangelhaften Verfahrens abgelehnt. Er wurde anschließend zurück nach Serbien gebracht, wo es so gut wie keine Möglichkeit gibt, Flüchtlingsschutz zu erlangen.

Robert Lindner, Referent für Krisen und Konflikte bei Oxfam Deutschland: „Menschen, die häufig vor unfassbarer Gewalt in ihren Heimatländer fliehen, müssen nun hier in Europa erneut brutale Gewalt erfahren. Das ist schockierend und beschämend. Dies macht deutlich, welches Leid Regierungen schaffen, wenn sie Menschen mit allen Mitteln davon abhalten wollen, Schutz in einem sicheren Land zu erlangen.“

„Diese brutalen und illegalen Maßnahmen hindern die schutzsuchenden Menschen nicht daran, weiter Zuflucht in Europa zu suchen. Sie berichten uns, dass sie es wieder und wieder versuchen werden, egal wie gefährlich der Grenzübertritt ist, denn sie haben nichts zu verlieren“, erklärt **Nikolina Milić vom Belgrader Menschenrechtszentrum.**

Oxfam, BCHR und MYLA fordern von den Regierungen Serbiens, Mazedoniens, Kroatiens, Ungarns und Bulgariens, die Verletzung der Rechte schutzsuchender Menschen sofort zu beenden und dafür zu sorgen, dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden. Zudem fordern die drei Organisationen die Europäische Union auf, dafür Sorge zu tragen, dass völkerrechtliche und menschenrechtliche Verpflichtungen und Standards in Europa eingehalten werden.

Weiterführende Informationen:

Der Bericht “A dangerous ‘game’” steht unter folgendem Link mit SPERRFRIST (6.4.2017, 0:01 Uhr MESZ) zum Download bereit (Passwort: oxfam): <https://oxfam.box.com/v/Balkan-Bericht>

Fotos und Videos in sendefähiger Qualität sind unter folgendem Link verfügbar:
<https://wordsandpictures.oxfam.org.uk/pages/search.php?search=>

%21collection32505&k=aadccle00c

Experten von Oxfam und Belgrader Menschenrechtszentrum stehen für Interviews zur Verfügung

EU-Ratspräsident Donald Tusk hat in jüngster Zeit die Grenzsicherung durch Mazedonien, Bulgarien und Slowenien ausdrücklich gelobt. Bulgarien sei das „beste Beispiel, wie unsere Grenzen zu schützen seien“ und Mazedonien dankte er für seine Anstrengungen beim Schließen der Balkan-Route.

<http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2017/04/04-tusk-bulgaria-radev/>,

<http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2017/04/03-tusk-remarks-president-ivanov-skopje/>

Pressekontakt:

Steffen Küßner, Tel.: 030-45 30 69 710, E-Mail: skuessner@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland